

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 120

22-18129

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Kastanienallee - Konzept zur sicheren Verkehrsführung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet
(Entscheidung)

Status

09.03.2022

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Vor dem Hintergrund der in der Begründung geschilderten Missstände/Umstände beauftragen wir die Verwaltung ein Konzept zur sicheren Verkehrsführung aller Verkehrsteilnehmer zu erarbeiten und dem Bezirksrat zeitnah vorzustellen. Nach bzw. während der Umsetzung sollen die nun geltenden Regelungen auf allen zur Verfügung stehenden Kanälen in der Bevölkerung kommuniziert werden.

Sachverhalt:

Die derzeitige Verkehrssituation auf der Kastanienallee ist unübersichtlich und gefährlich. Offiziell existieren hier schon seit längerer Zeit keine Fahrradwege mehr, vielmehr sollen die Radfahrer auf der Fahrbahn fahren – Denn weder das Verkehrszeichen 237 (Radweg) noch 241 (getrennter Rad/Fußweg) gibt es hier. Auch die Verkehrszeichen 240 (gemeinsamer Rad/Fußweg) sowie ein mögliches Zusatzschild „Radfahrer frei“ (Zusatzzeichen 1022-10) fehlt hier.

Die derzeit noch vorhandene 2-farbige Pflasterung macht aber den Eindruck, dass es hier noch einen Radweg gibt. Leider wurden die Hinweisschilder, dass man bitte auf der Fahrbahn fahren soll im letzten Jahr durch ein „auch“ ergänzt, so dass der Eindruck verstärkt wird, dass es sich doch (!) tatsächlich um einen Radweg handelt.

Leider kommen nicht alle Radfahrer dieser Regelung nach, so dass es häufiger zu gefährlichen Situationen mit dem Fußgängerverkehr kommt. Wir beobachten regelmäßig die Nutzung des Fußweges durch Radfahrer, zu allem Überfluss oftmals auch noch mit erhöhter Geschwindigkeit und/oder auf der „falschen“ Seite. Es ist verwunderlich, dass es bislang noch zu keinen größeren Unfällen mit Personenschaden gekommen ist. Allerdings ist der Unmut bei allen Verkehrsteilnehmern groß, da sich jeder im Recht sieht. Eine eindeutige Beschilderung und einheitliche Pflasterung der Gehwege (zum Beispiel) würde die Situation deutlich entschärfen, da es dann verkehrsrechtlich nur noch eine richtige Verhaltensweise gibt.

Gez. Ellen Hannebohn

Anlage/n:

Bilder